

## **Digital**

Die Corona Pandemie hat deutlich und teils schmerzlich aufgezeigt, wie es um die Digitalisierung in Deutschland bestellt ist. Deshalb ist es essenziell die Schwachstellen gezielt zu eliminieren und die Digitalisierung nochmals zu forcieren und mit aufeinander abgestimmten Maßnahmen weiter voranzutreiben. Nachfolgend werden unsere zentralen Forderungen in Bezug auf die weiter voranschreitende Digitalisierung präsentiert.

Das Thema Digitalisierung ist komplex und betrifft immer mehr Bereiche des privaten sowie des öffentlichen Lebens. Umso wichtiger ist es, alle Bevölkerungsgruppen bei dieser rasanten Entwicklung mitzunehmen und jedem einen Zugang zu der digitalen Infrastruktur zu ermöglichen, damit alle von den vielfältigen Möglichkeiten und Vorteilen profitieren können. Dabei muss gleichzeitig darauf geachtet werden, dass die Möglichkeiten der digitalen Medien und Anwendungssystemen nicht zum Verbreiten manipulativer und böswilliger Absichten genutzt werden. Dazu zählen beispielsweise die gezielte Streuung von Desinformationen, mit dem Ziel zu polarisieren und die Gesellschaft zu spalten sowie die Hetze gegen einzelne Individuen oder Bevölkerungsgruppen, die eine andere Meinung vertreten, anders gläubig sind oder einer bestimmten Ethnie angehören.

Im Bereich der digitalen Infrastruktur ist in den letzten Jahren bereits viel unternommen worden und so ist es gelungen, die flächendeckende Breitbandversorgung auszubauen und immer mehr Haushalten einen schnellen Internetzugang zu ermöglichen. Die Corona Pandemie hat viele Menschen zu einem verstärkten Arbeiten von Zuhause gezwungen und gezeigt, dass trotz der erzielten Fortschritte weiterhin ein großer Handlungsbedarf besteht. Eine Versorgung mit 50 Mbits/s, die bis vor Kurzem noch als gut galt, ist mitunter nur noch als ausreichend zu bezeichnen und stößt an ihre Leistungsgrenzen, wenn zum Beispiel Kinder online dem Unterrichtsangebot folgen sollen und gleichzeitig im Home-Office gearbeitet wird. Deshalb fordern wir auch weiterhin den Ausbau des Glasfasernetzes kontinuierlich und gezielt voranzutreiben. Damit sichert die Gemeinde Reichshof, auch im Vergleich mit Nachbarkommunen, die eigene Attraktivität als Wohnstandort, da insbesondere für junge Familien, der verfügbare Breitbandanschluss die Entscheidung für einen Umzug oder Eigenheimbau entscheidend sein kann.

Neben der Versorgung privater Haushalte mit einem schnellen und leistungsfähigen Internetanschluss ist es genauso wichtig, die Gewerbegebiete in einem ausreichenden Umfang mit Breitbandanschlüssen zu versorgen. Hier sollte das Ziel sein, bis 2025 allen Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitern eine Versorgung mit mindestens 500Mbits/s und im Optimalfall 1000 Mbits/s zu ermöglichen, um auch weiterhin als Wirtschaftsstandort attraktiv zu bleiben. Daneben gilt es den Blick für das Gesamte zu schärfen und sich nicht auf einzelne

Technologien zu beschränken. Neben dem Ausbau des Glasfasernetzes müssen auch die Möglichkeiten der 5G Technologie bewertet und Möglichkeiten gefunden werden, wie der Einsatz dieser neuen Datenübermittlungstechnologie gezielt gefördert werden kann. 5G ermöglicht es große Datenmengen zu übertragen und bietet Unternehmen die Möglichkeit ihre eigenen Wertschöpfungsprozesse effizienter zu gestalten und hat das Potential zum Wettbewerbsvorteil zu werden. Deshalb fordern wir die Entwicklung eines Konzeptes, welches darauf abzielt, ein Förderprogramm für 5G Technologie aufzusetzen, dass Unternehmen bei der Umstellung auf die moderne Technologie unterstützt. Neben einem finanziellen Zuschuss ist auch eine Unterstützung bei der Beantragung von Fördergeldern denkbar und praktikabel. Die Einzelheiten und Möglichkeiten einer solchen Förderung müssen erst noch ausführlich diskutiert und eruiert werden. Wichtig ist aber, dass die Digitalisierung in ihrer Gesamtheit betrachtet wird und ansässige Unternehmen durch Anreize darin bestärkt werden, in neue Technologien zu investieren und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit in einer zunehmend von Protektionismus geprägten Welt sichern können. Denn erfolgreiche Unternehmen sind ein Garant für kontinuierliche Steuereinnahmen und sichern langfristig die Handlungsfähigkeit der Gemeinde Reichshof.

Unsere Schulen sind fundamental wichtig, um einen hohen Bildungsstand in Deutschland zu gewährleisten und legen den Grundstein für die weitere Ausbildung in Fachberufen oder der akademischen Lehre. Nicht zuletzt die Corona Pandemie hat gezeigt, wie ernüchternd die Bilanz beim Thema Digitalisierung der Schulen ausfällt. Der verursachte Schaden durch den Unterrichtsausfall lässt sich gegenwärtig volkswirtschaftlich nur wage ermitteln und wird sich in seinem vollen Ausmaße erst noch zeigen, konnte durch das bisher Erreichte des DigitalPaktes Schule aber maßgeblich abgemildert werden. Und dennoch besteht weiterhin ein großer Handlungsbedarf, um auch die Schulen digital weiter nach vorne zu bringen. Dazu bedarf es neben der Ausstattung von Lehrkräften und Schülern mit digitalen Endgeräten, der Schaffung einer digitalen Infrastruktur. Das letzteres nicht noch zusätzlich von den Lehrkräften übernommen werden kann, ist offensichtlich. Daher begrüßen wir die Entscheidung, dass eine Stelle für einen Systemadministrator für die Schulstandorte in der Gemeinde Reichshof geschaffen wurde. Dadurch ist gewährleistet, dass eine leistungsfähige Systemlandschaft aufgebaut werden kann, die das digitale Arbeiten in den Schulen vereinfacht sowie zu einem Effizienzgewinn und damit zu einer Entlastung von Schülern und Lehrkräften führt. Die Digitalisierung der Schulen erfordern große Investitionen in entsprechende Software und Hardware. Damit diese auch getätigt werden können, stellt der Bund mit dem DigitalPakt Schule bis 2024 insgesamt 5 Milliarden Euro für die Digitalisierung der Schulen bereit. Gegenwärtig ist bereits ein Teil dieser Summe abgerufen worden. Wir fordern, erneut die Möglichkeiten zu prüfen, weitere Fördermöglichkeiten für die Gemeinde Reichshof zu beantragen. Essenziell hierfür ist, dass die an die Förderung gebundenen Auflagen erfüllt

werde. Ziel sollte es sein, die Schulen, soweit noch nicht geschehen, dabei zu unterstützen, ihre Medienkonzepte zu finalisieren und schnellstmöglichen die Bedarfe an informationstechnologischer Ausstattung zu prüfen, damit die vorhandenen Fördermittel fließen und eingesetzt werden können. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur in den Schulen ist dabei nur als erste Stufe zu sehen. Sobald diese abgeschlossen ist und der Zugang zu digitalen Plattformen über entsprechende Endgeräte allen Schüler und Lehrkräften möglich ist, kann der Schulalltag digitalisiert und damit wie andere Bereich auch, effizienter und flexibler gestaltet werden. Hierdurch wird eine individuelle Förderung von Schülern möglich, wenn beispielsweise Lernvideos erneut angeschaut werden können oder Übungsaufgaben entsprechend dem individuellen Lernfortschritt anpassbar sind. Zusammengefasst eröffnet die vollständige Digitalisierung den Schulen die Möglichkeit, Schülern ein hervorragendes Bildungsangebot zu bieten, welches die individuellen Stärken fördert und vorhandene Schwächen reduziert. Somit kann bereits in den Schulen ein wichtiger Beitrag gegen den Fachkräftemangel geleistet werden.

Unsere Forderungen zum Thema Digitalisierung zeigen, dass unsere Welt im Wandel ist und der technologische Fortschritt immer schneller voranschreitet. Dabei ist das Schritthalten wichtig, aber gleichzeitig eine zunehmend größer werdende Herausforderung. Deshalb fordern wir geschlossen, diesen Wandel als Chance für alle zu begreifen und gemeinsam Möglichkeiten zu erarbeiten, wie dieser aktiv mitgestaltet werden kann, damit wir alle davon profitieren.

## **Finanzen**

Finanzpolitik ist ein zentraler Bestandteil der öffentlichen Verwaltung. Ohne Geld bleiben auch die besten Ideen oft nur Ideen. Da die Politik mit Steuergeldern arbeitet, also Gelder der Allgemeinheit verwaltet, übernimmt sie eine ganz besondere Verantwortung dieses Geld sorgsam zu verwenden. Der Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit muss bei allen Entscheidungen selbstverständlich angewendet werden, jedoch darf bei aller Sparsamkeit der Nutzwert nicht vernachlässigt werden. Doch der Aspekt der Finanzen ist in Waldbröl ein kontroverses Thema, zumal die Stadt

ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt hat, um so einen kompletten Eigenkapitalverzehr und die damit einhergehende Überschuldung aufzuhalten.

Die Spielräume sind eng aber eine nachhaltige Finanzplanung ohne Einbußen in der Qualität der Angebote, Sicherung und Ausbau der Bildungsstandards unserer jüngsten Bürgerinnen und Bürger in KiTa's und Schulen, Investitionen in unsere Sicherheit und die Mobilität aller Reichshoferinnen und Reichshofer sowie die Digitalisierung. In Reichshof ist es auch ein kontroverses Thema, die Gemeinde darf nicht ein wieder Haushaltssicherungskonzept aufstellen, da die Spielräume eng sind, aber eine nachhaltige Finanzplanung ohne Einbußen in der Qualität der Angebote, Sicherung und Ausbau der Bildungsstandards unserer jüngsten Bürgerinnen und Bürger in KiTa's und Schulen, Investitionen in unsere Sicherheit und die Mobilität aller Reichshoferinnen und Reichshofer sowie die Digitalisierung.

Weiterhin fordern wir, langfristig den gesetzlichen Anforderungen nach einem ausgeglichenen Haushalt nachzukommen. Hierzu gehören oft auch unangenehme Entscheidungen wie Steuererhöhungen, die im Jahre 2021 keine Rolle spielen aber vielleicht im Jahr 2022. Die Bilanzierung des Corona Aktivposten wird in der Liquidität für den Haushalt keine Hilfe sein nur im Ertragsergebnis wird der Corona Aktivposten helfen, hier sollte die Abschreibung auf 2% angelegt werden, diese sollte man ablehnen. Weiterhin ist zu prüfen, wieweit wir Schlüsselzuweisungen erhalten. Die Bedarfsrechnung vom Land NRW ist nicht mehr Zeitgemäß, große Städte erhalten pro Bürger mehr Schlüsselzuweisungen und die Kommunen auf dem Land werden bei der Bedarfsrechnung reichgerechnet.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Steuererhöhungen auf das Nötigste beschränkt bleiben und nach alternativen Lösungen gesucht wird. Dennoch verschließen wir die Augen nicht vor den Tatsachen und unterstützen alle notwendigen Maßnahmen, um den Haushalt der Stadt Waldbröl sowie der Gemeinde Reichshof langfristig vom Haushaltssicherungskonzept zu lösen. Aber klar ist auch, dass die Kommunen stehen oft vor enormen Herausforderungen mit den verhältnismäßig großen Aufwendungen

und einem verhältnismäßig kleinen Anteil am Steueraufkommen von Bund und Land. Dies ist in der Realität nur äußerst schwer zu erreichen.

Ein weiterer zentraler Baustein ist die Rentenpolitik. Das aktuelle Umlagen finanzierte Modell der Renten und Pensionskassen wird auf Dauer, mit der demografischen Entwicklung nicht standhalten und zu überproportionalen Belastungen der jungen Generationen führen, oder sogar zum Kollaps des Systems führen. Wir fordern daher, das System zu reformieren und zu einem anlagebasierten System zu wechseln. Die Erwerbstätigen sollen in einen global diversifizierten staatlich organisierten Aktienfond einzahlen. Nach einer gewissen Übergangsfrist werden die Renten-/Pensionszahlungen aus den Kapitalerträgen gedeckt.

Ein Beitragszahler, der 45 Jahre je 100 Euro monatlich in den Rentenfond einbezahlt, hätte zum Renteneintritt bei durchschnittlich 6% Zinsen p. a. ein Betrag von ca. 260.000 Euro geschaffen. Dieser Betrag würde bereits eine Rente von 1080 Euro monatlich für 20 Jahre finanzieren, was in etwa dem Schnitt der Deutschen Renten beträgt.

Das Durchschnittsgehalt in Deutschland lag 2020 bei ca. 4.000 Euro brutto. Davon zahlt der Arbeitnehmer 9,3% Rentenbeiträge. Das macht im Schnitt 372 Euro pro Monat. Dieser Betrag im Rentenfond würde nach 45 Jahren Beitragszahlung bei 6% p. a. ein Betrag von ca. 980.000 Euro ergeben. Also eine Rentenzahlung von ca. 4100 Euro monatlich für 20 Jahre möglich machen.

Allein mit diesem kleinen Rechenbeispiel zeigt sich bereits die Überlegenheit eines solchen Systems.

## **Wirtschaft**

Wirtschaftliche Stärke und Unabhängigkeit ist ein zentraler Punkt für die Bestandsfähigkeit einer Kommune. Wer nicht auf wirtschaftliches Wachstum und die Stärkung der lokalen Strukturen setzt, wird schnell an Attraktivität verlieren. Einwohner, die nach Arbeitsplatzwegfall abwandern oder auch der Teufelskreis von Überschuldung durch fehlende Einnahmen sind oft die Konsequenzen.

Junge Unternehmer müssen es leicht haben, sich für die Heimat zu entscheiden, um eine Abwanderung von hochqualifizierten Arbeitsplätzen zu verhindern. Es muss in Waldbröl und Reichshof für alle Ausbildungsgrade eine gleiche Möglichkeit auf dem Arbeitsmarkt geben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Waldbröl und Gemeinde Reichshof in Zusammenarbeit mit dem Oberbergischen Kreis zu einem spannenden Standort für „Junge Gründer“ wird, um so einen Raum zu schaffen, der durch Innovationen und Entwicklung langfristig Bestand haben kann. Unter dem Stichwort Industrie 4.0 ergibt sich auch die Verknüpfung zur Digitalisierung unserer Gesellschaft. Gerade für die wirtschaftliche Entwicklung ist es von besonderer Bedeutung, dass der Breitbandausbau schnell vorangetrieben wird.

## **Schule**

Die Jugend ist unsere Zukunft, deswegen ist gute Bildung ein bedeutendes Gut.

Die JU setzt sich daher, besonders für die Schulen und Freizeitaktivitäten ein. Wir setzen uns weiterhin für die Fortsetzung der Sanierung und Modernisierung der vier Schulstandorte in Reichshof ein und den Erhalt aller drei Schwimmbäder, denn seit Jahren steigt die Zahl der Ertrinkungstoten, da immer weniger Kinder das Schwimmenlernen. Wir fordern, dass Schwimmen für jedes Kind verpflichtend zum Stundenplan gehört und Schwimmbäder für diesen Unterricht im Rahmen der Möglichkeiten erhalten bleiben, dazu gehört auch der Erhalt der Sporthallen, denn viele Kinder und Jugendliche leiden unter Bewegungsmangel, deswegen ist es wichtig, Sport im Rahmen der Möglichkeiten so oft es geht im Unterricht beizubehalten.

Auch ist die Digitalisierung in heutiger Zeit ein sehr wichtiges Thema. Wir setzen uns dafür ein, dass Schüler und Schülerinnen nach Bedarf mit einem Tablet oder Laptop ausgestattet werden, um wie in Corona Zeiten, problemlos lernen zu können. Auch fordern wir, dass die Technik an allen Schulen aufgestockt wird um die Vielfalt im Unterricht auszuweiten.

Außerdem ist die Freizeit ein wichtiger Punkt in unserer Gesellschaft, denn diese trägt bei jedem einzelnen zur Persönlichkeitsentwicklung bei, wir unterstützen, den Bau der

Zweifach Turnhalle und fordern Plätze zu schaffen, wo Jugendliche Sport treiben und sich mit Freunden treffen können. Wer nicht in die Zukunft unserer Gesellschaft, die Kinder investiert, wird am Ende teuer bezahlen.

Daher fordern wir, die Schulen konsequent gut auszustatten, marode Gebäude zu sanieren, ein breites Angebot in der Schullandschaft und im Bildungsangebot bereit zu halten sowie den Ausfall von Unterricht mit allen Mitteln zu vermeiden. Die Jugend hat ein Recht auf Bildung. Sie ist die wichtigste Voraussetzung für einen erfolgreichen Start ins Leben, einer wirtschaftlich unabhängigen Gesellschaft und einem geordneten Gesellschaftsleben.

## **Sicherheit**

Das Gefühl von Sicherheit ist ein Stück Lebensqualität und zeichnet nicht nur Deutschland, sondern weite Teile Europas aus. Die Junge Union Waldbröl/Reichshof setzt sich dafür ein, das Sicherheitsbedürfnis zu decken und die damit einhergehende Lebensqualität zu wahren. Für die Auseinandersetzung über Mittel und Vorgehensweisen ist die Junge Union offen für weitere Vorschläge und empfiehlt, in dieser Angelegenheit den Diskurs mit den Bürgerinnen und Bürgern zu suchen.

Gerade in den Zeiten der Covid-Pandemie wurde die Verletzlichkeit unserer Gesellschaft offensichtlich.

Die Sicherheit und Freiheit ist der Grund, warum für viele Menschen auf der Welt Europa und gerade Deutschland zum Zielort für ein freies Leben geworden ist. Doch eine Vielzahl von Ereignissen zeigt uns, dass die Sicherheit in Deutschland bedroht ist. Nach wie vor ist der islamistische Terrorismus eine ernstzunehmende Gefahr, die uns ständig abstrakt bedroht. Wir fordern die Überarbeitung der bestehenden MANV Konzepte für akute Gefährdungslagen und die Einbeziehung von Gefährdungsanalysen in die Entwicklung von Interventionskonzepten.

Aber auch der zunehmende Links- und Rechtsterrorismus stellte eine große Gefahr für die freiheitliche Demokratie da. Wir fordern neben den bestehenden Projekten und Präventionskonzepten gegen Rechtsextremismus, auch die Ausweitung und öffentliche Diskussion zum Linksextremismus in unserer Gesellschaft. Wir setzen uns

für ein breites Bündnis der Mitte gegen alle Formen des Extremismus ein, egal von welcher Seite.

Die Stärkung der Sicherheit ist Bund- und Ländersache, dennoch kann dieser Aspekt in der Kommunalpolitik nicht unbeachtet bleiben, denn auch der Oberbergische Kreis ist von Kriminalität betroffen. Bestehende Strukturen müssen gestärkt und ausgebaut werden.

Die Stärkung der Sicherheit geht zwangsläufig mit der Einschränkung von Freiheit einher. Aber wenn wir mehr Sicherheit fordern heißt das nicht, dass wir unsere Freiheit zur Gänze opfern. Die rechtsstaatlichen Prinzipien unserer Demokratie legen hohe Anforderungen an einen Grundrechtseingriff gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Wir fordern die Gesetze konsequent umzusetzen. Der Rechtsstaat darf seine Glaubwürdigkeit in der Verfolgung von kriminellen Handeln nicht verlieren. Wenn wir mehr Polizisten einstellen, heißt das nicht, dass wir einen Polizeistaat bekommen, sondern nur wofür wir alle sowieso schon bezahlen, nämlich mehr Sicherheit.

Weiterhin setzen wir uns für den Ausbau von Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen ein, damit der Staat seinem Anspruch auf eine qualifizierte Strafverfolgung besser nachkommen kann. Zudem haben Videoüberwachungen oft auch einen präventiven Effekt.

Auch die kommunalen Mitarbeiter von Ordnungsämtern sollen mit Bodycams ausgestattet werden, um bei Gewalt gegen diese Mitarbeiter gerichtsverwertbare Beweismittel sichern zu können und durch den präventiven Charakter solche Angriffe schon von Beginn an zu unterbinden.

Um die Arbeit der Polizei zu verbessern und effektiver zu gestalten, fordern wir einen Bürokratieabbau in der operativen Polizeiarbeit sowie den Einsatz von künstlicher Intelligenz und intelligenten IT-Systemen. Ein Streifenbeamter, der für einen Diebstahl von einem Müsliriegel für weniger als zwei Euro eine halbe Stunde Aktenarbeit erledigen muss, fehlt bei der Verhinderung und Verfolgung von schwerer Kriminalität. Wir fordern daher, die Polizei durch Unterstützung von Verwaltungsbeamten zu entlasten, so dass die Aktenarbeit von der eigentlichen Polizeiarbeit gelöst werden kann.

Das in der Debatte zum sogenannten „racial Profiling“ die hervorragende Polizeiarbeit von Bund und Ländern in der Kritik steht, ist kaum nachvollziehbar. Alle Polizeibehörden haben in der Silvesternacht 2016/2017 eine Wiederholung der Ereignisse aus dem Vorjahr, trotz sehr stark erhöhtem Gefahrenpotenzial, verhindern können. Hierzu sollte der Polizei und gerade den vielen Beamten gedankt werden, anstatt sie mit Rassismuskorrekturen zu konfrontieren. Wir fordern eine

konsequente Rückendeckung der Polizei durch die Politik. Wenn Polizisten, die auch Familien und Kinder haben, an Feiertagen für unsere Sicherheit sorgen und ihre Gesundheit dafür aufs Spiel setzen, verdient Respekt und Anerkennung. Es wäre auch fahrlässig anzunehmen, dass bestimmte Gruppen kein erhöhtes Gefahrenpotenzial bieten. Weltweit werden ca. 90% der Gewaltdelikte von jungen Männern verübt. Wenn Millionen junger Männer zu uns nach Deutschland kommen, die nicht unerhebliche kulturelle Unterschiede und eine Vielzahl von ethnischen und religiösen Konflikten mitbringen, wäre es geradezu verwerflich, nicht davon auszugehen, dass ein Anstieg der Gewaltbereitschaft stattfindet. Natürlich distanzieren wir uns ausdrücklich von einer generellen Vorverurteilung und wollen auch keinen Generalverdacht aufstellen, dennoch stehen wir vor noch nie dagewesenen Herausforderungen, die ein schnelles Handeln erfordern.

Wir setzen und dafür ein, Sicherheit zu schaffen und Freiheit zu stärken!

## **Allgemeine Kosten der Stadt/Gemeinde senken**

Nach dem Model der Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz können allgemeine Kosten gespart werden.

Verwaltungseinheiten sind in der Rechtsform von Gebietskörperschaften, die aus Gründen des Gemeinwohls im Rahmen der Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz aus benachbarten Gemeinden des gleichen Landkreises gebildet wurden. Sie haben als Gemeindeverbände die gleiche Rechtsstellung wie Gemeinden und Landkreise und dienen der Konzentration und damit Stärkung der Verwaltungskraft der

verbandsangehörigen Gemeinden (Gemeinden und Städte), ohne dass diese ihre politische Selbständigkeit aufgeben.

Ein bestimmter Aufgabenbereich ist den Verbandsgemeinden im Gegensatz zu den Gemeinden verfassungsrechtlich nicht zugewiesen (vgl. kommunale Selbstverwaltung bei Gemeinden). Dieser wird vielmehr im Wesentlichen gesetzlich bestimmt. Zu den nach der Gemeindeordnung von Rheinland-Pfalz in Verbindung mit der Aufgaben-Übergangs-Verordnung zugewiesenen eigenen Aufgaben gehören

die nach den Schulgesetzen übertragenen Aufgaben

der Brandschutz und die technische Hilfe

der Bau und die Unterhaltung von zentralen Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen

der Bau und die Unterhaltung überörtlicher Sozialeinrichtungen, insbesondere Sozialstationen und Einrichtungen der Altenpflege, soweit nicht freie gemeinnützige Träger solche errichten

die Wasserversorgung

die Abwasserbeseitigung

der Ausbau und die Unterhaltung von Gewässern dritter Ordnung

die Flächennutzungsplanung

Zudem führen die Verbandsgemeinden die Verwaltungsgeschäfte der verbandsangehörigen Gemeinden (Gemeinden oder Städte) in deren Namen und in deren Auftrag.

Außerdem obliegt der Verbandsgemeinde in eigenem Namen die Erfüllung der den Ortsgemeinden oder Städten übertragenen staatlichen Aufgaben (Auftragsangelegenheiten), soweit nicht ausdrücklich anders bestimmt.

Verbandsgemeinden haben eine eigene gewählte Gemeindevertretung (Verbandsgemeinderat) und eine eigene Verwaltung (Verbandsgemeindeverwaltung) mit einem hauptamtlichen Bürgermeister als Verwaltungsleiter. Der Bürgermeister einer Verbandsgemeinde kann in Personalunion zugleich ehrenamtlicher Bürgermeister einer Ortsgemeinde sein (§ 71 der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz).

Verbandsfreie Städte und Gemeinden nehmen die Verwaltungsaufgaben einer Verbandsgemeinde wahr, die in der Gemeindeordnung von Rheinland-Pfalz aufgeführt sind.

Verbandsangehörige Städte sind Gemeinden mit dem Status einer Stadt, die einer Verbandsgemeinde angehören. Meist sind sie Sitz und Namensgeber der jeweiligen Verbandsgemeinde. Ansonsten werden verbandsangehörige Gemeinden Ortsgemeinden genannt, auch diese können Verwaltungssitz einer Verbandsgemeinde sein.

In anderen Ländern gibt es den Verbandsgemeinden ähnliche Strukturen mit anderen Bezeichnungen (etwa Samtgemeinde oder Verwaltungsgemeinschaft) und zum Teil auch anderer Aufgabenstellung.

Auf Landesebene können die allgemeinen Kosten gespart werden durch eine Zentrale Beschaffungsstelle des Landes, hier würden Vorteile über alle Behörden entstehen, dass alle dasselbe Programm haben. Bei Zentrale Beschaffungen können höhere Mengenrabatte entstehen.

Der Vorstand:

**Viktoria Welter**

**Florian Engel**